

Bezugspreis:
Vierteljährl. 3. — 3. monatl. 1. — 1. —
Incl. ins Haus, wenn möglich. Post-
bezug: monatlich 10. — 10. —
Einschl. Postgebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Rumänien 20. — 20. —
für das übrige Ausland 27. — 27. —
Bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechien, Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Bildung und Kleingarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Worioplus 15193-97
Expedition Worioplus 11753-54

Mittwoch, den 1. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Worioplus 11753-54

Anzeigenpreis:
Die wichtigste Anzeigenart
sind die 500 W. „Kleine Anzeigen“
das fertige Blatt 1.50 W. (zu-
lässig zwei fertige Blätter) je
meistens 1. — 1. —
Schlagzeilenanzeigen das erste
Blatt 1. — 1. —
60 Tg. Blatt über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-
anzeigen für Abonnenten 1. — 1. —
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leistungsentlohnung.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Wir und Frankreich.

Paris, 1. Juni. (E.C.) Abg. Hermann Müller gewährte einem Mitarbeiter des „Excellor“ ein Interview, in welchem er betonte, daß Frankreich und Deutschland als Nachbarn auf einander angewiesen seien. Nach der militärischen Niederlage Deutschlands sei es der Wunsch der Sozialdemokraten gewesen, eine Brücke zwischen Deutschland und Frankreich herzustellen, um zu freundschaftlichen Beziehungen zu gelangen. Diese Bemühungen seien jedoch durch die deutsche und französische nationalistische Agitation vereitelt worden. Sobald irgendwelche Diskussionen über den Friedensvertrag zwischen Frankreich und Deutschland stattfinden, wende Frankreich militärische Mittel an. Folgende Vorwürfe müsse man aber Frankreich machen:

1. Die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen.
2. Die schwarzen Truppen.
3. Während die Engländer und Amerikaner in dem besetzten Gebiete eine oft sogar freundschaftliche Haltung bewahren, stehen die Franzosen immer „Gewehr bei Fuß“.
4. Die Befestigung von Frankfurt am Main und Düsseldorf.
5. Während England und Italien in Oberschlesien ein objektives Verhalten zeigen, seien die Franzosen den Polen in ihrem Herzen zugehan.
6. Die Opposition der Franzosen in der österreichischen Anschließfrage.

Die Sozialdemokraten, sagte Müller, führen in Deutschland einen harten Kampf mit den Nationalisten. Aber man halte ihnen immer wieder vor, daß die Franzosen stets einen Vorwand finden werden, um das Ruhrgebiet zu besetzen und ihre Grenze am Rhein zu errichten und daß aus diesem Grunde jeder Pazifismus den deutschen Interessen schaden würde. Wenn wir aus irgendeinem Grunde die Zahlungspflichtungen nicht sofort erfüllen können, so dürfe Frankreich nicht förmlich seinen „Anecht Rupprecht“ heraufschänden. Auf die Frage des Interviewers, wer denn dieser „Anecht Rupprecht“ sei, antwortete ein Redakteur des „Vorwärts“, der dem Interview beiwohnte: „Das ist Foch!“

Deutschland zahlt alles.

Paris, 1. Juni. (W.B.) In der gestrigen Nachtsitzung der Kammer hat Finanzminister Doumer auf Anfrage erklärt, die Kosten für die Mobilisierung der Jahresschiffe 1919 fielen Deutschland zur Last.

Land gewonnen, Volk verloren.

Paris, 1. Juni. (E.C.) Die französische Kammer wird 1924 60 Abgeordnete weniger umfassen als das gegenwärtige Parlament. Das Wahlgesetz bestimmt, daß auf je 75 000 Einwohner ein Abgeordneter zu wählen sei. Die letzte Bevölkerungszahl weist aber eine geringere Ziffer auf.

Briand wehrt ab.

Paris, 1. Juni. (W.B.) Im Senat brachte Herr eine Resolution ein, wonach der Senat verlangen soll, daß die Londoner Beschlüsse, die gemeinsam mit der Reparationskommission gefaßt worden seien, dem Finanzschutz und dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten mitgeteilt werden sollen, damit sie untersuchen, ob diese Entscheidungen eine Abänderung des Vertrages bedeuten und infolgedessen der Genehmigung des Parlamentes bedürften.

Ministerpräsident Briand sagte dazu, 132 Milliarden Goldmark seien 270 Milliarden Frank, und das sei doch immerhin eine schon eine Summe Geldes. Durch den Vertrag werde bestimmt, daß Deutschland als verantwortlicher Teil alles bezahlen müsse. Da es dies aber nicht könne, so habe man ihm einen Teil seiner Schuld erlassen. Das sei der Vertrag, den die gegenwärtige Regierung anzunehmen habe. Sie habe alles daraus gemacht, was sich daraus machen ließ. Die Reparationskommission habe ihre Arbeiten in voller Unabhängigkeit vollendet und Deutschland das Ergebnis mitgeteilt; Deutschland habe angenommen. Wenn man erkläre, daß es sich bei den Beschlüssen um eine Abänderung des Vertrages handele, dann würden weder der Friedensvertrag noch die Reparationskommission existieren. Diese Politik würde aber dazu führen, daß Frankreich isoliert würde. Die Regierung stelle darum unzweideutig die Vertrauensfrage, lehne aber selbstverständlich den Antrag Herz ab. Die Resolution Herz wurde darauf mit 269 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

„Welt Paixen“ kündigt an, daß die Kavalleriedivision, die im Hinblick auf die mögliche Besetzung des Ruhrgebietes nach dem Rheinland beordert wurde, nach Frankreich zurückgezogen wird.

Die Neufunktionen.

Herr Briand hat im Senat die Räumung des neubefetzten Gebietes am Rhein in unbestimmte Ferne gerückt, obgleich die uns auferlegten Bedingungen für die Zurücknahme dieser Sanktionen zum großen Teil erfüllt sind. Es ist daher angebracht, der deutschen Öffentlichkeit und den Völkern der Entente mitzuteilen, wie das neubefetzte Gebiet behandelt wird:

Obwohl die Stadt Düsseldorf vor früher her geräumige Kasernen besitzt, haben die Franzosen ihr befohlen, schleunigst eine neue Kaserne zu bauen, die 12 Millionen Mark kostet. Der Bau ist im Gange, Baumaterialien und Felder sind vernichtet. Die Stadt Düsseldorf muß weiter 57 Pferdebesätze im Werte von 3 1/2 Millionen

Mark bauen, dazu Nebengebäude aller Art für mehrere 100 000 M. Entgegen den deutschen Bauvorschriften kommen die

Munitionsschuppen mitten in die Stadt,

neben die Kasernen. Große Mengen von Wohnungen sind beschlagnahmt worden, und zwar nicht nur für französische Militärs, sondern auch für ihre mitgebrachten Familien. Das mit allem Komfort ausgestattete Haus eines Bankiers hat der General für sich beschlagnahmt, verlangt aber noch Instandsetzungsarbeiten für eine halbe Million Mark und die Räumung und Herrichtung eines Nachbarhauses für Bureauzwecke (Kostenpunkt 800 000 M.), obwohl einige Minuten weiter ein sehr geeignetes Bureaugebäude liegt. Zahlreiche

Schulen sind beschlagnahmt,

einschließlich der Turnplätze und Schulbadeanstalten; ein ordentlicher Unterricht kann nicht mehr aufrechterhalten werden. Dienstag früh 9 Uhr erhielt die Stadtgemeinde den Auftrag, bis zum Abend 100 Dreizehnerwohnungen zu beschaffen. Bei Beginn der Besetzung forderte ein französischer Offizier für sich allein 14 Klubsessel. Von den beschlagnahmten Kraftwagen und Lastautos ist erst ein kleiner Teil zurückgegeben, die Chauffeurs mußten sich täglich bei der Militärbehörde melden und für sie dienstbereit sein. An einem der letzten Tage wurden vom Morgen bis zum Abend 20 000 Decken und 20 000 Betten gefordert. Selbstverständlich kann die Stadt solche Leistungen nur durch Inanspruchnahme von Großschleibern erfüllen. Statt auf den alten Schießständen, wird im Stadtwalde geschossen,

dessen größter Teil an fünf Tagen der Woche nicht betreten werden darf. Daß die Franzosen sich dauernd in Düsseldorf niederzulassen gedenken, beweist u. a. die Benennung der Kasernen nach Napoleon, Foch, Joffre, Pétain, Blauthen, Dagoutte usw. Das Versammlungsrecht ist in weitestem Maße eingeschränkt, sogar Konzerte werden gestört, und da insbesondere das Trommeln und Pfeifen altpreußischer Art die Sicherheit Frankreichs schwer gefährden könnte, hat man sogar die Straßentrümpfen verboten. Gesehverletern wird mit der Ausweisung nach — der Mark Brandenburg gedroht, die offener als ein Sibirien gilt. An Geldstrafen dürften bereits 150 000 M. eingegangen sein.

Infolge der

Rhein-Föllnie

muß die Industrie auf Ein- und Ausführungsbeschlagnahmungen wochenlang warten. Alle Unternehmungslust ist gelähmt, verschiedene Betriebe müssen geschlossen werden, weil sie als Kasernen dienen, andere arbeiten mit verkürzten Schichten und das große Walzwerk „Phönix“ hat in der letzten Woche 600 Arbeiter entlassen und weitere Entlassungen dürften folgen.

Wer wollte daran zweifeln, daß dieses Vorgehen eine ungeheure Begeisterung für Frankreich unter den Bewohnern des neubefetzten Gebietes zur Folge haben muß?

Anschlußkrise.

Die freien Volksabstimmungen Tirols und Salzburgs für die Vereinigung mit dem Deutschen Reich haben zu schweren Drohungen der Entente geführt, daß die Hilfsaktion des Völkerbundes gefährdet werden würde. Südslawien verlangt sogar kärntnerische Gebiete, die auf Grund der Volksabstimmung endgültig Österreich zugeprochen sind. Die Wiener Regierung hat sich vergeblich bemüht, die Länder von ihrem Rundgebungswillen abzubringen. Da nun auch der Landtag von Steiermark eine solche „private“ Volksabstimmung beschließen hat, dürfte die Wiener Bundesregierung zurücktreten. Es würden aber nur andere Christlichsozialisten an ihre Stelle treten.

Bezeichnend für den Druck der Entente ist es, daß sowohl der christlichsozialen Führer Dr. Weiskirchner im Nationalrat die Unangebrachtheit dieser Anschlußdemonstrationen betont, wie im Grazer Landtag die Sozialdemokraten sich der Stimme enthalten haben. Natürlich erklärten sie, wenn es doch zur Abstimmung käme, für den Anschluß zu stimmen, dessen Vorkämpfer ja gerade unsere Genossen gewesen sind, solange es möglich schien.

Im übrigen ist ja noch nicht aller Tage Abend, und ob Oesterreich anders als durch die Vereinigung mit dem Reich zu helfen ist, wird sich zeigen.

Der Reichenhaller Russenkongress.

Reichenhall, 1. Juni. (D.M.) Die von der äußersten Rechten eingebrachten Vorschläge hinsichtlich der zukünftigen Politik haben keine Zustimmung gefunden. Sie riefen im Gegenteil stürmischen Protest hervor. Die Initiative ging von Martoff (einem der schlimmsten Schwarzhandwerker) und Sokolow-Baranski aus. Bei der Eröffnung des Kongresses haben die Reden des ehemaligen Mitgliedes der Staatsduma Maslennikoff und des Barons Laube allgemeine Zustimmung gefunden. Laube sprach russisch und deutsch. Die äußerste Rechte ist tief enttäuscht über die Stimmung der Teilnehmer des Kongresses. Der Vertreter der russischen Kolonie in Serbien erklärte seinen rechtsradikalen Gesinnungsgenossen, daß sie hier nichts mehr verloren hätten. Die aus München zum Kongress eingetroffenen amerikanischen und französischen Journalisten waren nur zur 1. und 2. Sitzung zugelassen.

Ein Opfer der Reaktion.

In den letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat sich die gesamte intellektuelle und politische Welt, weit über Frankreichs Grenzen hinaus, leidenschaftlich für die Dreyfuß-Affäre interessiert. Zweifellos ist die Caillaux-Affäre in ihren Einzelheiten mindestens ebenso spannend und in ihrer Tragweite bedeutend wichtiger gewesen, als die Leidensgeschichte des jüdischen Generalstabschefs. Über die Welt hatte in der Kriegs- und Nachkriegszeit so viele Sorgen, ihre Aufmerksamkeit wurde durch so viele Ereignisse in Anspruch genommen, ihre Empfindsamkeit durch so viele Leiden abgestumpft, daß man außer halb und selbst innerhalb Frankreichs dem Prozeß gegen den früheren französischen Ministerpräsidenten bei weitem nicht das Interesse zollte, das er verdiente. Nur die allerwenigsten in Deutschland dürften in der Lage gewesen sein, sich in die Vorgeschichte und in den Verlauf des Caillaux-Prozesses so zu vertiefen, daß sie das Buch, das Caillaux nunmehr unter dem Titel „Mes prisons“ hierüber selbst geschrieben hat, mit uneingeschränktem Verständnis zu lesen vermögen.

Dieses Werk, das in der Hauptsache eine Selbstverteidigung Caillaux gegen die einzelnen Punkte der gegen ihn erhobenen Verratsanklage bildet, liest sich übrigens ebenso spannend wie ein erstklassiger Detektivroman. Darüber hinaus ist es aber auch eine Darlegung und Rechtfertigung jener Politik, die er als Parteiführer, Minister und Ministerpräsident getrieben und die im Hintergrund dieser ebenso komplizierten wie tollen Verratsanklage stand. Besonders dieser Teil der Selbstverteidigung Caillaux ist für uns Deutsche von Interesse, nicht zuletzt deshalb, weil wir in dem einstigen französischen Regierungschef ein Opfer jener nationalistischen Reaktion erblicken, die in ihren Beweggründen, in ihren Methoden und in ihren Zielen über alle Grenzpfähle hinweg die gleiche ist.

Caillaux war vor dem Kriege neben Jaures der vor der französischen Reaktion bestgeehtete Mann. Nach der Ermordung des großen Sozialistenführers am Vorabend des Kriegsausbruches konzentrierte sich nunmehr der Haß der Chauvinisten ganz auf den Leiter der radikalen Partei. Man erzählt übrigens durch Caillaux, daß der Mörder Villain es nicht nur auf Jaures, sondern auch auf ihn selbst abgesehen hatte. Der Justizminister Viviani habe ihm (Caillaux) im Jahre 1916 gesagt, daß Villain ihn zu zweifelloser Tagelange gesucht habe.

Ursprünglich hatte der Haß der französischen Bourgeoisie gegen Caillaux rein kapitalistische Gründe. Er selbst schildert in seinem Buche die Entstehung dieses Hasses:

Ich bereitete die Neugestaltung der Zuckersteuer vor, und schon damit schuf ich die Umrisse einer Politik fiskalischer Erneuerung, die ich unaufhörlich fortentwickeln mußte und deren charakteristische Merkmale waren: Herabminderung der Steuern auf die Artikel des unmittelbaren Bedarfs, erhöhte Besteuerung der vermögenden Klassen. Seitdem ist mir der Krieg erklärt worden von allen, die nicht begreifen wollen, daß man die Fortie nur unter der Bedingung gesund halten kann, daß man das morsche Holz herausläßt, ja, selbst von allen, die dunkel die Notwendigkeit von Reformen einsehen und sich dennoch mit einem verzweifelten Egoismus an die Vorteile klammern, die sie in Händen halten. . . . Soweit die Republikaner der Linken auf die Ausführung eines rein politischen Programms ausgingen, dessen Grundlage der Antiklerikalismus war, schloßten die Geschäftsmänner, die Herren der großen Zeitungen, nicht um ihre Mitwirkung. Das bedeutete für sie die Auflösung der Orden, die Trennung von Kirche und Staat? An dem Tag, aber, wo dieses Programm erschöpft war und die Partei der Linken die Absicht kundgab, an die sozialen Reformen, an die Finanzreform heranzugehen, und wo sich am Horizont das Gespenst der Einkommensteuer abzeichnete, da änderte sich alles. Warum bestiet sie bei dem Gedanken, daß sie eine erhebliche Abgabe von ihren ungeheuren Einkünften ertragen sollten, Furcht bannte sie vor allem angesichts der ärgerslichen Indiskretion über die Bedeutung und die Herkunft ihrer mit rasender Schnelligkeit aufgestapelten Vermögen, und die Kapitalisten, welche die großen Informationsorgane in Händen hielten, mit samt der Kundschafft, die sie umgab, verbanden sich unter der Oberfläche langsam mit den Konservativen. Von diesem Zeitpunkt an wurde der Mann, welcher der Fiskalreform Leib gegeben hatte, die schon lange vor dem Bande umstritten wurde, für die man aber vor ihm die entscheidende Formel nicht gefunden hatte, die Felsenscheibe ihrer Angriffe. . . . Sie sahen es so auf, daß sie das Vorbild für wirtschaftliche und soziale Systeme werden müßte, die Frankreich zerböbeln würden; sie begriffen, daß die Reform mit einer Katastrophenvorbereitung der Vermögen enden und so den öffentlichen Gewalten die Mittel treuen würde, den plebejischen Ausschreitungen den Riegel vorzuschleiben, die aus großen geschäftlichen Unternehmungen wie aus den Ereignissen entstehen können, um einem jeden nach seinem Wuchs die Lasten jeder Art zuzuschleiden, welche die Notwendigkeiten der Stunde, die Bedürfnisse sozialer Solidarität der Nation gebieterisch auferlegen würden. . . . Um der Umgestaltung vorzubeugen, um zum mindesten

*) Wörtlich „Meine Gefängnisse“ — nach dem berühmten Vorbild des italienischen Irrendienstes Silvio Pellico „Le mie prigioni“. „Meine Gefängnisse“ war der Weltgeschichte dargelegt von Joseph Caillaux. Im Rhein-Verlag, Basel-Leipzig, Deutsch von Viktor Henning Pfannkuche.

Ihre Pälligkeitstermine hinauszußgern. In der Bewegung niederzuschlagen, der einen Neubau des alten fiskalischen Hauses im Schilde führt, das so bequim für die Ruhe der Groß-Bourgeoisie eingerichtet war. Alle Hebel sollen in Bewegung gesetzt werden zu diesem Ziel und Ende.

Unmüßiglich drängt sich bei dieser Schilderung, deren historische Wahrheit unanfechtbar ist, der Vergleich mit einem Manne, der bei uns ebenfalls zur Zielscheibe der konzentrischen Angriffe des reaktionären, steuerflehenden Großkapitalismus wurde: Erzberger! Gewiß steht der französische Staatsmann, den man vielleicht als den gründlichsten Finanz- und Steuerfachmann der ganzen Welt ansehen kann, in diesen Beziehungen weit über dem deutschen Zentrumsführer. Indessen ist eine Analogie zwischen den beiden Fällen Caillaux und Erzberger unverkennbar.

Diese Ähnlichkeit wird nun durch den Umstand vervollständigt, daß die Reaktionen in den beiden Ländern den Dementiel des Patriotismus benutzte, um sich ihres jeweiligen Gegners zu entledigen. Das eigentliche Kesseltreiben der Reaktionen gegen Erzberger datiert von der Zeit der Friedensresolution und der Bekämpfung des U-Boot-Wahnsinns und verstärkte sich nach der Einbringung der demokratischen Steuergeetze, die eine unvermeidliche Folge des Zusammenbruchs waren. Die im Sommer 1917 entstandene Hege gipfelte schließlich in dem Moabit-Prozess und Revoluerattentat. Die große Hege gegen Caillaux geht auf die Zeit der Agadir-Krise zurück; denn damals hatte Caillaux Aufstehen bewiesen, daß er nicht nur demokratische Reformen, sondern auch pazifistische Ziele verfolgte.

In seinem Buche hat Caillaux sein Glaubensbekenntnis zum Vaterlandsbegriff in geradezu meisterhafter Form entwickelt:

In der nationalen Idee gehen die zerbröckelnden alten Religionen unter. Auf beiden Seiten der Grenzen nährt man, um die Völker gegeneinander zu bringen, die Glaubenslehren aus, die ehemals sie vereinigten und die heute in die Fratzen der Fahren gehüllt verschwunden. Der Patriotismus mauert einen neuen Glauben. Er würde groß sein und Bewunderung verdienen, wenn er ganz einfach den Willen der Menschen zum Ausdruck brächte, über sich selbst zu verfügen, die Erbgüter an Aufklärung, Ueberlieferung und Kultur unversehrt zu erhalten, um auch diese zum inneren Reichtum der Menschheit beizusteuern, wenn er sich verbände mit dem großen Ideal eines Bundes der Vaterländer. Aber genau wie die Inquisition Freiheits für sich in den heiligen Schriften zu finden vorgab, welche die größten Worte verzeichnet hatten, die über die Erde gehüllt sind, genau so suchen die Fanatiker sich des Patriotismus zu bemächtigen, ihn loszulösen von dem menschheitlichen Ideal, dessen Stempel die französische Revolution ihm aufgedrückt, und ihn zu tauchen in eine Fäulnis tyrannischer Leidenschaft. Sie verdächtigen die entspannenden Formeln, die schmiegsamen Lösungen, die doch so wesentlich sind für das Leben der Völker wie für das Leben der einzelnen. Sie wollen eine neue Religion schaffen, eine Staatsreligion, noch blinder und unduldsamer als die anderen. Und den Erleuchteten zur Seite, sich in ihrem Schatten verbergend, schreiben die geschickten Macher und die Oerigen. Diese dienen unter dem Deckmantel des Patriotismus ganz einfach dem Bösen, den ein großer indischer Dichter den „ungeheuerlichen Gott des Gewinns“ nennt. Jene versuchen, ihrem Ehrgeiz zu Ruh und Frommen, die geheiligte Idee an sich zu reißen und sich, nach dem ewig gleichen Verfahren, gegenseitig zu überbieten, fachen die Uebertreibungen an, sie streben dahin, um das große Gefühl herum die Mauern der Eitelkeit und des Hasses zu errichten, sie erdichten Riten, fabrizieren Dogmen als Hütern, in denen sie die großen ängstlichen Herden einsperren wollen. Fanatiker, gefräßige Ehrgeizige und Macher werden sich verständigen, um den Wutausbrüchen der rekrutierten Massen die Männer zu opfern, die etwa sich weigern sollten, die große Idee des Vaterlandes zu beschützen, die etwa horridität dabei bleiben sollten, daß die wahre Formel des Patriotismus diese ist: alle Nationen in Freiheit und Gerechtigkeit auszuüben suchen; sich um ihre Annäherung und Vereinigung zugunsten des allgemeinen Fortschrittes der Menschheit

bedürfen, den Haß einzuschränken suchen; sowie die schreckensvollen Konflikte zwischen Volk und Volk auszubrechen, den Kult des Hasses aus Schoßdreck nageln, das Entfesseln unüberbrückbarer Klüfte vermeiden, das Unheil eindämmen. Mit schimmerender Zügellosigkeit noch werden sie die Männer verfolgen, die sich auf diese große Lehre festgelegt haben und dazu den Sinn für die Realitäten mitbringen, die das Schiff des Landes nicht von einem Sturmwind der Leidenschaft mit fortreißen lassen wollen, sondern im wildesten Sturm aufmerken auf alle Klippen, von welcher Seite sie auch dräuen, die Männer, die Maßhalten und Klugheit predigen.

Wir meinen, diese erhabene Definition der wahren Vaterlandsliebe könnten sich alle Sozialdemokraten zu eigen machen, und sie würden dabei nur getreu der von ihren großen toten Führern Bebel, Jaurès, Viktor Adler überlieferten Lehre handeln. Und es wäre zu wünschen, daß auch die bürgerlichen Demokraten aller Länder den Vaterlandsbegriff in derselben Weise auffassen und verbreiten, wie der französische bürgerliche Demokrat Joseph Caillaux. Jeder Satz dieses Glaubensbekenntnisses faßt wie ein Keulenschlag auch auf unsere Deutschnationalen nieder, die sich die Rolle der Erbpächter des Rationalgefühls angemahnt haben.

Wenn, wie wir es hoffen, der Linkskurs, dessen erste Symptome wir in der vergangenen Woche vermerkt haben, in Frankreich fortschreitet, dann ist auch die Zeit nahe, in der Caillaux vor dem ganzen Lande vollkommen rehabilitiert sein wird. Oder vielmehr: Frankreich selbst ist es, das sich rehabilitieren muß, indem es ein Urteil aushaut, das nicht für den Angeklagten, sondern für seine Ankläger eine Schande ist. Frankreich kann von Glück sprechen, daß die Welt in den letzten Jahren nicht die Möglichkeit hatte, sich in die Einzelheiten dieses Gefinnungsprozesses zu vertiefen und alle Schurkereien, Fälschungen und sonstigen den Drenfus-Standal weit überbietenden Einzelheiten dieses Kampfes der clemencistischen Reaktion gegen den Mann des Fortschritts und des Friedens kennen zu lernen, die Caillaux in seinem Buche enthüllt. Würde die Welt die Geschichte der Caillaux-Affäre kennen, dann würde sie sich mit Ekel von diesem Frankreich abwenden.

Indessen glauben wir, daß das französische Volk selbst, in dessen Schoße mächtige, unausrottbare Traditionen von demokratischer Gerechtigkeit ruhen, aus sich heraus den Willen und die Macht schöpft wird, diese Schande auszumergen und damit den Weg zum gemeinsamen, friedlichen Wiederaufbau Europas freizumachen.

Mohrenwäsche.

Zu unseren der Soz.-Korr. entnommenen Ausführungen über den Fall Frankreich sendet uns das Reichsfinanzministerium — Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene (bisher Heeresabwühlungsamt Preußen) — eine preßgesetzliche Berichtigung, zu der es allerdings in keiner Weise berechtigt ist, deren sachlichen Kern wir aber gleichwohl zur Kenntnis bringen wollen:

Der Departementsdirektor im Preussischen Kriegsministerium, dem das gesamte Kriegsgefangenenwesen — deutsche Kriegsgefangene in Feindesland und feindliche Kriegsgefangene in Deutschland — vom Beginn des Krieges an bis zu seinem am 7. September 1918 erfolgten Tode unterstand, war Generalmajor Friedrich. General v. Fransecky hat erst nach dem Tode des Generals Friedrich die Leitung der Geschäfte des Kriegsgefangenenwesens übernommen, nachdem er vorher zur Unterstützung des Generals Friedrich beim Unterkunftsdepartement kommandiert war.

Das ist nur eine scheinbare Berichtigung, in Wirklichkeit eine Bestätigung unserer Angaben. Der General Fransecky war bis zum Tode des Generalmajors Friedrich dessen rechte Hand und der wichtigste Unterdepartementschef (was die Berichtigung mit der unwürdigen Formulierung „nachdem er vorher usw.“ wegzuschneiden möchte). Noch während des Krieges ist er Departementsdirektor geworden. Und wenn die Berichtigung den Anschein erwecken will, als ob das nicht viel zu sagen habe, da doch nach dem 7. September 1918 der Krieg nur noch zwei Monate

gedauert hat, so müssen wir daran erinnern, daß die Gefangenschaft der deutschen Kriegsgefangenen viel, viel länger gedauert hat, daß namentlich die Kriegsgefangenen aus Frankreich erst Anfang 1920 zur Entlassung gelangt sind, also anderthalb Jahre nach dem Austritt des Generals Fransecky von der zweiten in die erste Stellung.

Jedenfalls bleibt es dabei, daß ein Mann die Leitung des Kriegsgefangenendepartements noch für einen sehr wichtigen Abschnitt der Kriegszeit bekommen konnte, der jetzt als Sachverständiger in Leipzig auf die Frage, ob Kriegsgefangene geschlagen werden dürften, unter Eid eine ausweichende und überwiegend bejahende Antwort gab, ein Mann, der das gleichzeitige Krankwerden mehrerer Kriegsgefangener für Meuterei erklärte und der behauptete, wichtige Bestimmungen über die Behandlung von Kriegsgefangenen nicht zu kennen. Und das sollen sich die deutschen Kriegsgefangenen merken, daß eben jener General v. Fransecky die Sorge für ihr Wohl hatte, der jetzt auch die Peiniger der deutschen Kriegsgefangenen in weitestem Maße vor dem Reichsgericht als Sachverständiger gerechtfertigt hat!

Eine Kundgebung für die Freilassung der immer noch in Aignon zurückgehaltenen 115 ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen veranstaltete die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener e. V. am 12. Juni. Die Aktion soll keinerlei politischen Charakter tragen, sondern ist lediglich gedacht als Appell an die Menschenrechte und Berufung auf das sogenannte „Fair Play“.

Das Urteil gegen Prinz rechtskräftig.

In der bekannten Strafsache gegen Prinz hat jetzt das Reichsgericht die Revision des Angeklagten Prinz zurückgewiesen, wodurch das gegen ihn ergangene Urteil des Landgerichts rechtskräftig geworden ist. Prinz war, wie erwähnt, wegen Urkundenfälschung und Beleidigung des Oberbürgermeisters Scheidemann zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er ein Schriftstück gefälscht hatte, wonach Scheidemann eine Belohnung von 50.000 M. auf die Ermordung Siebneichs und Rosa Luxemburgs aussetzen sollte.

Prinz war neben den Sonnenfelds einer der Kronzeugen jener Verleumdungsklage, die die „Korruption der Sozialdemokratischen Partei“ beweisen sollte. Wie die Sonnenfelds, hat auch Prinz nur bewiesen, daß er selbst ein korruptes und zu allem fähiges Individuum ist, das nun ebenfalls hinter Gefängnismauern wandert.

Kommunistische Spitzelzucht.

Während die „rote Fahne“ in einer nochmaligen Polemik gegen den „Vorwärts“ über den ihr höchst peinlichen „Fall Michasik“ der Sozialdemokratie ihre „Greisenhaftigkeit und Altersschwäche“ vorwirft, ist sie offenbar zu der Ueberzeugung gelangt, daß die von ihr eingeschlagenen Methoden im allgemeinen recht — jedenfalls annähernd — in einem Rundschreiben der Zentrale der KPD über Organisationsfragen wird mit überraschender Ehrlichkeit die „mangelhafte Durchorganisation“ der kommunistischen Partei festgestellt, die diese bei jeder Aktion die gestellten Aufgaben nur schwer, oft überhaupt nicht erfüllen läßt. Von großem Interesse ist der „Aufbau“ der kommunistischen Organisation — wie ihn sich die KPD denkt. Die Ortsgruppen der größeren Städte teilen sich nach diesem Entwurf in Wohnbezirke, die Wohnbezirke in Unterbezirke, die Unterbezirke in Zehnergruppen. Diese Zehnergruppen scheinen als neue Stoßtrupps der KPD, gedacht zu sein. Jedes Mitglied der Zehnergruppe erhält ein oder mehrere Häuser „zur Bearbeitung“ zugewiesen. Des näheren heißt es hierüber:

Die Nachrichtenammlung besteht in der genauen Erforschung aller politisch und militärisch wichtigen Ereignisse, die in den Häusern vorkommen. Der Genosse muß in seinem Tätigkeitsgebiet wissen, wieviel revolutionäre Kräfte vorhanden sind, wieviel Mitglieder der KPD, der USPD, SPD, usw., wieviel Parteiloze; er muß wissen, wieviel konterrevolutionäre Kräfte vorhanden sind; von diesen wieder, wie viele indifferent bei ernstlichen Auseinandersetzungen beiseite stehen, wie viele aktive Konterrevolutionäre, die gegen uns im Kampfe stehen; er muß aus und schaffen,

„Die St. Jakobsfahrt“ von Diegens Schmidt.

Neues Volkstheater.

Der Dichter Diegens Schmidt hat das moderne Spiel von der „kleinen Elavla“ verfehlt, von dem Proletariatsfeind, das seinen schwächlichen Körper allzu früh verkaufen muß. Ein dekoratives Trauerspiel aus der viel mißbrauchten Königsgeschichte der Juden mißte hierauf die Schwülheit Wildes und noch ein Duzend anderer Spielarten unmeistlich, aber eindrucksvoll in der Tragödie „Derischolom“. Es ging zum religiösen Legendenpiel weiter, in dem Diegens Schmidt sich die Worteeinfalt und die Wunderglaubigkeit der Heiligenlegenden aneignete. Er wollte die schlichte Wunderglaubigkeit psychologisch vertiefen und erkand zu der geradlinigen, göttlichen Mirakelwelt verklärte, aus dem Geist des heutigen geborene Seelendeutungen. Das Dichterische verlagte, das Deutende überzog, das Elitistische drängte sich vor. Handwerkerei bewährte sich trotz anfänglicher innerer Erregung. Diegens Schmidt ist, war und wird sein ein guter Schüler unserer dichtenden Vergangenheit, nicht aber ein Aufwähler für die Zukunft.

Der Graf und seine Gattin bleiben kinderlos. Sie geloben, daß ihr Kind ganz allein und auf eigenen Sohlen eine St. Jakobs-Wallfahrt ins Weisse ausführen soll, wenn es ihrem Gebet geschenkt würde. Es wird ihnen geschenkt, es ist wanderfähig geworden, jauchzend, blond, mutig; es wählt sich auf der Wegstrecke einen lieben Schwaben zum Wandergenossen. Der Wallfahrtsritze wird beschuldigt, den goldenen Jakobsbecher gestohlen zu haben. Die enttäuschten Pilger erschlugen ihn. Und das fromme Kind, das von seinem Wandergesährten verraten wurde, sinkt entsezt in das Gras. Ihn reißt aber die aus der Verzweiflung aufsteigende Gebetesraft des Kameraden, und der eben Erschlagene darf wieder zum Leben aufstehen. Der Pilger, der die Weidenschuld auf sich geladen hat, soll bald die Strafe ausstehen. Der Ausfall befällt ihn. Später könnte ihn das Kindesblut des Säuglings heilen, der dem jungen Grafen nach Jahren geboren werden soll. Der einstige Gefährte, der durch das Wunder zum Leben auferstanden war, ist schon bereit dazu. Da verfährt die grobe Lebensenergie des Wägners und Weidlers, das Eldere, das Marienhafte und rein Christliche liegt in dem Schwaben. Er stirbt in Solbung, geföhnt und veröhnt.

Es wird der Bilderscheit; in dem das sakrale Spiel hineingebaut war, von den Priestern feierlich verschlossen, und die Orgel glüht. Die aufrollenden Lächer, die das abwechselnde Bühnenbild enthüllen, werden aus der Lode der Erinnerung herausgeholt. Diegens Schmidt stirrt wohl auf das Kreuz, er schließt aber auch auf das Portale. Die Lüge unterliegt, der Teufel, der ins papierne Paradies des Klirches gleitet, nimmt Herrn Diegens Schmidt, den allzu geschmeidigen, beim Ohrsprayen.

Hans Brahm, der Spielleiter, erlebt Bühnengedichte, es übercast aber seine Laubheit vor dem Kulstischen.

Die junge Gertrud Kanig, die sich mit entzündendem Vertrauen in ihre Jünglingsrolle hineinstürzte, wurde auferweckt. Vielleicht liege sich für den Grafen noch ein Jüngling finden. Fräulein Kanig besitzt immerhin einschmeichelnde Holdheit für ihre Hörschenrolle. Es flackerte auf ihrem Gesichte, es zwitscherte aus ihrer Stimme eine Tragt, die lieblich blieb und rührte. Auch Gustav v. Wangenheim, der lägende und entzündete Schwabe, offenbarte sich als eine sehr versprechende Hoffnung. Er gestaltet schon, er gewinnt schon Menschlichkeit. Max Hochdorf.

Obst und Zähne. Angesichts der jetzt wieder beginnenden Obstzeit verdient darauf hingewiesen zu werden, daß wir unseren Zähnen keine größere Wohltat bezeugen können, als möglichst viel und möglichst regelmäßig Obst zu essen. Die Erfahrung hat zur Genüge erwiesen, daß die Südländer, die in der Hauptsache von Obst und Früchten leben, überwiegend vorzügliche Zähne haben, und daß Zahnstein, Fäule, Hohlwerden der Zähne und andere Zahnerkrankungen, von denen die Menschen im Norden so arg geplagt werden, dort unbekannt Dinge sind. Diese Erfahrung wird durch die Wahrnehmung bestätigt, daß auch bei uns zu Lande Vegetarier zumeist ein prächtiges Gebiß haben. Das ist weniger auf das Essen von Gemüse als auf den Obstgenuß zurückzuführen. Die Zuträglichkeit des Obstes für die Zähne beruht auf der Fülle der im Obst enthaltenen natürlichen Fruchtsäure. Beim Kauen und durch die Berührung mit dem Speichel wird diese Fruchtsäure frei und gelangt so bis in die verborgenen Spalten der Zähne. Durch dieses Eindringen der Fruchtsäure in die kleinsten Rösen wird eine durchgreifende Reinigung der Zähne von den Fäulnisserregern, die den Hauptherd der Zahnerkrankungen bilden, bewirkt, während gleichzeitig das Fleisch der Früchte als eine Art Zahnbürste in Tätigkeit tritt, die durch das Scheuern der Zähne eine mechanische Reinigung bedingt. Die Fruchtsäure begünstigt sich aber nicht mit der fäulniszerstörenden Wirkung, sondern löst auch den Zahnstein und befähigt damit einen weiteren Herd schmerzhafter Erkrankungen, ohne daß der Schmelz der Zähne angegriffen wird. Die in den Früchten vorhandenen Nährsalze führen dem Körper die Stoffe zu, die für den Aufbau der Zähne von ausschlaggebender Bedeutung sind. In diesem Sinne ist besonders der Apfel zu empfehlen.

Otto Sommerhoff hat sich Dienstag abend im Staatstheater als „Coriolan“ von seinen zahlreichen Bewunderern verabschiedet. Er will sich auf seinem steirischen Landsitz der Altersruhe erweihen. Es scheint aus dem Berliner Theaterleben ein Mann, der jahrzehntlang dem Publikum der wilhelminischen Schauspielbühne außerordentlich gefallen hat. Denn er verkörperte für die große Masse die Kunst, die mehr auf repräsentativer Pracht als auf stille Innerlichkeit läßt. Sommerhoff war ein schöner Reithorizler und ein schöner Mann. Befonders in der Darstellung Schillerischer Helden und Spafesparischer Gestalten gefiel er. Als das Theater die tiefere Menschlichkeit stärker betonte, verlagten die Mittel der

äußerlichen und gefälligen Art. In seiner Welt war Sommerhoff aber stark und imponierend.

Dr. Georg Malkowsky †. Wie uns erst jetzt bekannt wird, ist Genosse Dr. Malkowsky am Freitag voriger Woche gestorben. Der Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin hat in ihm einen treuen hingebungsreichen Mitarbeiter verloren. Er war Mitglied des künstlerischen Beirates und hat besonders in Fragen der bildenden Kunst wertvolle Dienste geleistet. Vielen Genossen ist Malkowsky als Redner bekannt, der die Rede hatte, über künstlerische Fragen allgemein verständlich und feilsend zu sprechen. Trotz seiner 70 Jahre war er rüstig und allzeit heiter gestimmt. Der Tod hat ihn nun plötzlich überrascht. Literarisch ist Genosse Malkowsky durch eine Reihe von Veröffentlichungen hervorgetreten; Ernst Hertel hat er eine Monographie gewidmet, auch hat er die Kunst- und Kulturströmungen in Schlesien und Polen dargestellt. Vor kurzem hatte er erst die Redaktion einer Kunstzeitschrift übernommen.

Die Spende der dänischen Wissenschaft. Die wissenschaftliche Literatur Dänemarks seit 1919, die von den deutschen Bibliotheken bisher wegen der schlechten Valuta nicht beschafft werden konnte, ist jetzt als Geschenk der dänischen Akademie der Wissenschaften bei der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft eingetroffen. Die umfangreiche Sendung umfaßt die wichtigsten Werke aller Wissenschaftsgebiete, zum Teil in mehreren Exemplaren, die auf die Bibliotheken Berlin, München, Leipzig, Kiel und Göttingen verteilt wurden. Für diese tatkräftige Förderung internationaler Zusammenarbeit kann die Kopenhagener Akademie des Dankes der deutschen Wissenschaft versichert sein.

Vom Forschungsinstitut für Hochschulkunde. Prof. Paul Simon an f in Göttingen hat die Leitung des am 1. Okt. 1920 in Göttingen eröffneten Hochschularchivs der Deutschen Studentenschaft übernommen. Die Arbeit der akademischen Anstaltsämter soll hier zusammengefaßt werden, das soziale Leben der Hochschulangehörigen, der akademischen Berufe, der akademisch gebildeten eine Studienstätte haben. Rückschauende Tätigkeit archivarischer Art wird daneben getrieben, eine Bibliothek für das gesamte Hochschulwesen angelegt.

Heber „Proletariat und Kunst“ bricht Ernst Friedrich am Donnerstag 7 Uhr in der „Arbeiter-Kunstausstellung“, Petersburger Str. 20, Anshülender Führung Eintritt frei.

In der Urania hält Ingenieur Theo Rodenfelder am Donnerstag 8 Uhr einen Vortrag: „Moderne Autoverkehr in Welt, Film und Bild“.

Im Kreisandereisen für das beste Mariasiedel der neuen Weidmacht hat der oberste Dichter Alfred Heiss den ersten Preis erhalten für sein Gedicht „Eine Kompanie Soldaten“, das im Jahre 1916 vor Verdun entstand.

Der 13. Weltkongreß der Esperantisten wird vom 31. Juli bis 6. August in Prag abgehalten. Es haben sich bisher mehr als tausend ausländische Teilnehmer angemeldet, darunter auch aus Japan, Australien und Indien. Die Uebungs-Konferenz beginnt am 29. August und dauert bis zum 6. September.

Uranium in Afrika. In der Monatsberichterstattung der Belgischen geographischen Gesellschaft wurde mitgeteilt, daß in den Kupferminen von Katanga (Belgisch-Kongo) Uranium und Radium gefunden wurde.

Notschrei der russischen Sozialdemokratie.

Die Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands versendet durch ihre Berliner Vertreter Abramowitsch und Martow an alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaften einen Protest gegen das Gewaltssystem in Sowjetrußland, den wir in seinen wesentlichen Zügen hier wiedergeben:

Die bolschewistische Regierung, die jedes, auch das friedlichste Auftreten der Massen unterdrückt, hat einen neuen Ausrottungsflug gegen die Sozialdemokraten, Sozialisten-Revolutionäre und Anarchisten angezettelt, d. h. gegen jene organisierten politischen Kräfte, die es den revolutionären Arbeiter- und Bauernmassen ermöglichen, ihrer berechtigten Protestbewegung Ausdruck zu geben und sie somit in das Bett eines organisierten Kampfes zu lenken. Im Laufe der letzten drei Monate sind in Rußland von der sozialdemokratischen Partei allein bis 2000 Mitglieder verhaftet worden.

Die Gefängnisse sind überfüllt.

Im Petersburger Voruntersuchungsgefängnis kommen auf jede Einzelzelle bis 7 Sträflinge. Die Eingesperrten werden regelmäßigen moralischen Folterungen ausgesetzt. Genosse F. Dan z. B., einer der ältesten und verdienstvollsten Führer der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, wurde in dem Petersburger Gefängnis um 3 Uhr nachts geweckt und mit ihm wurde das grausame Spiel der Abführung zur Erschießung abgehalten.

Anderen Verhafteten wird die Befreiung in Aussicht gestellt, jedoch unter der Bedingung, daß sie falsche Aussagen über nichtexistierende „Komplotte“ machen. Die ungeheuerlichen Verhältnisse des Gefängniswesens führen zu lebensgefährlichen Erkrankungen. Zur Verzeigerung gebrachte Gefangene arreifen oft zum äußersten Mittel des Hungerstreiks. Diese Greuel erreichten ihren Höhepunkt in der Nacht vom 25. auf den 26. April dieses Jahres, als die Polizei auf Befehl der Zentralregierung 200 Sozialisten und Anarchisten, die in dem Moskauer Butyrgefängnis aus allen Ecken Rußlands zusammengebracht waren, in vollständig organisierter Weise aufs grausamste verprügelte.

Sich sehr ernsthaft mit der Frage beschäftigen wird, wie sich der drohende Zusammenbruch der deutschen Kohlenversorgung vermeiden oder wenigstens, wenn die politischen Verhältnisse in Oberschlesien nicht sehr bald eine Wendung nehmen, hinauszögern läßt. Der Reichskohlenkommissar wird der Berliner Industrie nur einen Ausweg vorschlagen können, die Betriebe auf Nachtlicht umzustellen, wenn nicht ein großer Teil der kleinen und mittleren Firmen in den nächsten 14 Tagen von der Belieferung abgeschnitten werden soll. Auch die Berliner Straßenbahn wird wohl oder übel, ebenso wie die Hochbahn, sich zu einschneidenden Verkehrsbeschränkungen genötigt sehen. Weiterhin ist, wie wir hören, damit zu rechnen, daß die Gasparafunden in Berlin in strenger Weise wieder eingeführt werden.

Der Mord in der Malplaquetstraße.

dem die 32 Jahre alte Frau des Kraftwagensbesizers Reinhardt zum Opfer gefallen ist, kam heute vor dem Schwurgericht des Landgerichts III, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lehmburg, zur Verhandlung. Des mit besonderer Rohheit ausgeführte Verbrechen hat seinerzeit allgemeines Aufsehen und berechtigten Abscheu erregt. Als Täter steht der 19jährige Arbeiter Max Knappe vor den Geschworenen. Er ist erst am 21. März ermittelt und in Untersuchungshaft genommen worden.

Die vom Staatsanwalt Dr. Schneidewin vertretene Anklage lautet nicht auf Mord, sondern auf das mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohte Verbrechen gegen den § 214 StGB.

Als Verteidiger des Angeklagten fungiert Rechtsanwalt Dr. Brill. — In dem Ermittlungsverfahren spielte ein auf einer Visitenkartenschale hinterlassener

blutiger Fingerabdruck des Täters

eine große Rolle. Da nach dem ganzen Befunde nur eine mit den örtlichen Verhältnissen ziemlich genau veritante Person in Frage kommen konnte, richtete Kriminalkommissar Legimener, der die Ermittlungen leitete, sein Augenmerk auf die näheren Bekannten des Ehemannes der Ermordeten und ließ dabei auf den jetzigen Angeklagten. Ein von diesem unauffällig abgenommener Fingerabdruck ergab eine absolute Übereinstimmung mit dem an der Visitenkartenschale befindlichen Abdruck. Als Legimener dem Angeklagten die Tat auf den Kopf zusagte, brach Knappe nach anfänglichem Leugnen zusammen und räumte die Tat ein.

In der heutigen Verhandlung, zu der u. a. der Gerichtsarzt Prof. Dr. Strauch als Sachverständiger geladen ist, wiederholte Knappe sein Geständnis. Die Beweisaufnahme, zu der über zwanzig Zeugen geladen sind, wird sehr umfangreich werden. Wir werden das Urteil mitteilen.

Der Mann mit der verletzten Nase.

Am 13. Mai wurde, wie wir damals ausführlich berichteten, der 73 Jahre alte Zigarrenhändler Friedrich Kegel aus der Hobrechtstraße 6 zu Reußlin in seinem Laden dort niedergeschlagen und beraubt. Der Greis erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß er in fast hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus Am Urban gebracht werden mußte. Es gelang dem Arzten, ihn am Leben zu erhalten, er liegt aber im Krankenhaus immer noch schwer darnieder. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei führten bald zu dem Verdacht, daß Verwandte des Ueberfallenen wenigstens mittelbar an der Tat beteiligt seien, weil er von einem Teil der Verwandtschaft pekuniär unterstützt wurde. Er verblüffte sich im Laufe der Untersuchung so stark gegen den Schwiegersohn, den Produkthändler Alfred Hesse, daß dieser jetzt in Untersuchungshaft genommen wurde. Eine Zeugin hat am Vorabend der Tat einen Mann aus dem Regellischen Laden herausstürmen sehen. Der Mann warf unter drohenden Worten die Ladentür zu und ging nach der Kaiser-Friedrich-Straße. Er lehrte nochmals einige Schritte um, um wieder nach dem Geschäft zu gehen. Dieser Mann soll eine Art Sunnimantel und eine Brille oder einen Kneifer getragen haben. Mit Bestimmtheit will die Zeugin in ihm einen Mann wiedererkennen, den sie bereits zweimal vorher in dem Laden des Regel, damals allerdings ohne Mantel und ohne Augenlas, bemerkt hat. Ein charakteristisches Kennzeichen sei eine eigenartig geformte, verquetschte Nase gewesen. Eine solche auffallende charakteristische Nase hat nun tatsächlich Hesse. Er ist auch von der Zeugin bestimmt als der Mann wiedererkannt worden, den sie gesehen hat. Im Interesse der Aufklärung des Verbrechens und insbesondere auch des beschuldigten Hesse selbst liegt der Kriminalpolizei daran, unverzüglich weitere sachdienliche Mitteilungen zu erhalten. Sie werden unter Hinweis auf die Belohnung von 5000 Mark an Kriminalkommissar Geimat im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums erbeten.

Die Lawine des Elends.

Gegen Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit.

Die bau- und wohnungspolitischen Aufgaben Berlins wurden gestern in einer öffentlichen Versammlung im Lehrervereinshaus behandelt. Veranstalter der Versammlung waren der Ansehlerverein Groß-Berlin, Heimstättenausguss der Gewerk-

Das ist das Bild der gegenwärtigen Lage der Gefangenen der Bolschewistenregierung. Es bestehen jedoch Gründe zu befürchten, daß dies

erst der Anfang

ist. In seinen letzten Artikeln verkündet Lenin eine „schonungslose“ Verfolgung der Sozialisten. Zu Hunderten werden — trotz der Proteste der Petersburger Arbeiterschaft — die Kronstädter Matrosen, die man zu einem bewaffneten Aufstand provoziert hatte, niedergeschossen. Mit der gewohnten Grausamkeit versucht man die steten Aufstände der zur Verzweiflung getriebenen Bauern zu unterdrücken. Lenin, der den Befehl gefaßt hat, seine kommunistische Politik preiszugeben und sich durch Konzeffionen an fremde und russische Kapitalisten und Spekulanten an der Macht zu erhalten, stößt auf den Widerstand der an die Utopie eines sofortigen Kommunismus glaubenden Mitglieder seiner Partei. Um die kommunistische Masse von seiner nunmehr opportunistischen „hohen Politik“ abzulenken, lenkt er deren Haß gegen die Sozialisten und hebt sie planmäßig gegen diese auf. Das sind die machlostelligen Beweggründe der gegenwärtigen Massenverfolgungen.

Indem wir diese vor dem internationalen Proletariat entlarven, fordern wir Euch, Genossen, nicht auf, auf die Moskauer Diktatoren einzuwirken. Doch wir wollen unsere Pflicht tun.

Märtyrern der russischen Arbeiterbewegung

gegenüber erfüllen. Diese Pflicht der proletarischen Solidarität verlangt von allen politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, daß sie den russischen Genossen zu Hilfe kommen.

Wir fordern alle Partei- und Gewerkschaftsorgane auf, nach Möglichkeit Sammlungen zu veranstalten zur Unterstützung der in bolschewistischen Gefängnissen schmachtenden Sozialisten und ihrer Familien. Inmitten der Festlichkeiten, die zu Ehren des dritten Kongresses der kommunistischen Internationale veranstaltet werden, sollen die russischen Proletarier-Sozialisten erfahren, daß ihre europäischen Mitbürger lebhaften Anteil an ihrem traurigen Schicksal nehmen.

Die Verfasser bitten am Schluß des Aufrufs, etwaige Spenden an die Redaktion des „Sozialistischen Boten“, Berlin, Breitestr. 8/9, zu senden.

schaften Groß-Berlins, Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft, Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungsbau, die IFA, Bund deutscher Architekten (Landesbz. Brandenburg), die Berliner Gewerkschaftskommission und der Gewerkschaftsbund der Angestellten. — Referenten waren Genosse Kaufmann, Professor Straumer und Dr. Ing. Gutkind.

Das einleitende Referat wurde von Kaufmann erstattet. Zwei Fragen sind es — so führte er aus —, die sich bis ins Ungeheure ausgebreitet haben: die Wohnungsnot und die Arbeitslosigkeit. Es ist eine „Lawine des Elends“, die sich aufgetürmt hat. Jeht Prozent aller Wohnungen befinden sich in einem Zustand, der mit unseren Kulturbedürfnissen nicht in Einklang zu bringen ist. Nach öffentlichen Mitteilungen sind rund 120 000 Wohnungshunde in die Berliner Metropolen eingetrogen.

Das ganze Bau- und Wohnungswesen muß auf eine gemeinwirtschaftliche Grundlage gestellt werden, um dem Wohnungsbedarf und der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten. Der Redner geht hierauf auf den Beschluß der Stadvertretung ein, einen Direktor für den Städtebau und das Siedlungswesen anzustellen. Aber dieser Mann, der dazu berufen werden sollte, das ganze Bau- und Siedlungswesen in die Hand zu nehmen, dürfe nicht bloß gehört werden, sondern müsse entscheidend mitprechen können, müsse als ein Organisator den erforderlichen Einfluß besitzen und im großen Stil mit eiserner Energie seine gewaltige Aufgabe zu lösen imstande sein.

Hierauf sprach Professor Straumer. Dieser betonte, daß nur mit einem weitgedehnten Ziel, mit schöpferisch leitenden Gedanken etwas erreicht werden könne. Lieber keiner als ein unzureichender Siedlungsdirektor.

Lehter Referent war Dr. Ing. Gutkind, der in seinen Ausführungen der Lösung des Geldproblems nähertrat. Berlin müsse sich eine eigene Geldquelle erschaffen. Was die Baustoffe anbetriffe, so müsse man sich von den Syndikaten freimachen. Die Stadt müsse herr in eigenen Hause sein. Hinsichtlich der Bauweise bemerkte der Redner, daß man den Flachbau möglichst fördern sollte, Hochbau sei ohnehin genug vorhanden. Der Boden dürfe auch nicht mehr wie Ware verhandelt werden. Ohne ein gemeinwirtschaftliches Bau- und Wohnungswesen sei an eine planmäßige Siedlung nicht zu denken. Nach einer längeren Aussprache wurde folgende

Entschloßung

gegen einige Stimmen angenommen:

„Die Bau- und Wohnungswirtschaft ist nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu betreiben. Zu diesem Zweck sind alle einschlägigen Arbeitsgebiete (Siedlungswesen, Städtebau, Kleingarten- und Partowesen, Baupolizei, Wohnungswesen und Grundstücksverwaltung) dem gemäß Beschluß der Berliner Stadtverordnetenversammlung vom 10. Mai d. J. zu berufenden Generaldirektor für Siedlungs- und Wohnungswesen zu unterstellen und ist diesem die zur Durchführung seiner Aufgabe erforderliche Selbständigkeit der Verwaltung zu sichern. Von dem Generaldirektor für Siedlungs- und Wohnungswesen wird insbesondere erwartet, daß er eine voranschauende Boden- und Wohnungspolitik betreibt, die eine planmäßige Förderung des Siedlungs- und Kleingartenwesens ermöglicht. Die Mittel hierzu sind hauptsächlich durch finanzielle Auswertung des bestehenden privaten Hausbesitzes sowie Heranziehung der Industrie zu gewinnen und restlos im allgemeinen Interesse zu verwenden. Die Baustoffbeschaffung und Ausführung der erforderlichen Neubauten und Instandsetzungsarbeiten hat soweit als möglich durch gemeinwirtschaftliche Baustoff- und baugewerbliche Betriebe zu erfolgen. Bei Erfassung und Verteilung des vorhandenen Wohnraumes sind die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten in verschärfter Form anzuwenden. Die Mieterschutzgesetzgebung ist in vollem Umfange aufrecht zu erhalten.“

25 Jahre beim „Vorwärts“ ist Genosse Max Winkler. Als Redaktionsbote fing er an, seit vielen Jahren dient er als Sekretär unserem Blatt, seinen Mitarbeitern und vielen Lesenden. Wir können erwarten, den geschätzten Mitarbeiter dem „Vorwärts“ noch lange erhalten zu sehen.

Der Postverkehr mit dem Aufstandsgebiet in Oberschlesien ist seit dem 3. Mai aus bekannten Gründen nahezu völlig unterbrochen. Die Postverwaltung, die von sich aus keine weiteren Verbindungen einrichten kann, sieht sich daher gezwungen, die Aufnahme von Einschreibsendungen jeder Art, von Postaufträgen, Postanweisungen und Nachnahmen sowie von Drucksachen, Warenproben, Geschäftspapieren und Mitteilungen nach dem Aufstandsgebiet vorerst gänzlich einzustellen. Zahlungsanweisungen des Postfachverkehrs dahin nicht zuzulassen und die schon bestehende Sperre für Paket- und Wertsendungen weiterhin aufrechtzuerhalten, da eine ordnungsmäßige Zuführung dieser Sendungen an Empfänger im Aufstandsgebiet nicht ausführbar ist. Zugelassen werden bis auf weiteres nur gewöhnliche Briefe, Postkarten und durch die Post bezogene Zeitungen auf Gefahr des Absenders. Die Beförderung dieser Sendungen in das Aufstandsgebiet läßt sich aber nur durchführen, wenn die Bevölkerung den Briefverkehr auf das allergeringste Maß einschränkt und nur Sendungen wirklich wichtigen und dringenden Inhalts aufleiert.

ob in diesen Häusern die Bewohner über Waffen verfügen, ob Waffenlager in diesen Häusern sich befinden, ob Mitglieder der Orgesch, der Selbstschußorganisationen vorhanden sind, ob geheime Sitzungen der konterrevolutionären Organisationen abgehalten werden und er hat die regelmäßige Bearbeitung all dieser Bewohner vorzunehmen unter besonderer Berücksichtigung der Reichswehrsoldaten, der Sicherheitsoldaten, der indifferenten Arbeiter usw. Er muß also in seinem Tätigkeitsfeld jeden einzelnen Menschen kennen und muß wissen, welche Stellung jeder dem revolutionären Proletariat steht und bei den kommenden Auseinandersetzungen gegenüber einnimmt.

Dieser Plan wäre würdig dem genialen Hirn eines Adoff Hoffmann entsprungen zu sein. Während die Sozialdemokratie die politische und gewerkschaftliche Bildung der breiten Masse des arbeitenden Volkes in den Jahrzehnten ihrer Aufbauarbeit als ihre vornehmste Aufgabe ansah, wird von der kommunistischen Zentrale eine politisch-militärische Spitzelorganisation ins Leben gerufen, die sämtliche üblichen Begleiterscheinungen des politischen Spitzel- und Spitzelstums zur Folge haben müßte. Die Frage ist nur, ob die kommunistischen Arbeiter den Befehlen ihrer Zentrale ebenso gehoramt Folge leisten, wie diese es den Moskauer Diktatoren gegenüber tut.

Müller-Brandenburg entlassen? Eine Meldung der „Deutschen Zeitung“ behauptet, daß das Thüringische Staatsministerium die Kündigung Müller-Brandenburg ausgesprochen und ihn damit seines Amtes als Chef der Thüringischen Landespolizei entlassen habe. Weil aber gegen Müller-Brandenburg ein Strafverfahren wegen Hochverrats schwebt, werde das Ergebnis des Disziplinarverfahrens noch nicht veröffentlicht. — Dies klingt etwas unwahrscheinlich, und die „Deutsche Zeitung“ hat ja mehrfach in der Sache Müller-Brandenburg Falschmeldungen gebracht. Nach unserer Auffassung müßte die Thüringische Landesregierung die Erledigung des Strafverfahrens in jedem Falle erst abwarten, ehe sie über die Entlassung entscheidet.

Verdächtigung. In dem ersten Satz des Beitrags von Gen. Dr. A. Rötter „Gegen Nordschleswig-Vogenden“ in unserer Dienstag-Abendausgabe hat sich ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. Es sollte bezüglich der Verdächtigungen des dänischen Professors Lage Tris richtig heißen, daß sie „durch Entgegnungen sowohl des ehemaligen Unterstaatssekretärs Dr. David wie auch des ehemaligen dänischen Landtagsabgeordneten Klöpperburg-Strumfager auf ihren wirklichen Wert zurückgeführt worden sind.“ (Nicht durch „Entgegenkommen“.)

Groß-Berlin

Der erste Tag der Fahrpreiserhöhung.

Der Schreden vor den um 30 Prozent erhöhten neuen Fahrpreisen, die mit Beginn des Sommerfahrplans in Kraft getreten sind, hatte die Züge in den letzten Tagen überfüllt. Wer jedoch heute vormittag seine Beobachtungen auf den Bahnhöfen machen konnte, stellte fest, daß trotz der sehr bedeutenden Erhöhung der neuen Fahrpreise der Verkehr keineswegs unter Durchschnit gesunken war, wenn natürlich auch trotz des Monatswechsels die Züge nicht mehr so heringsdicht überfüllt waren wie in den vorhergehenden Tagen. Die schwächste Befahrung wiesen die Züge auf, die nur innerhalb Deutschlands verkehrten, am Anhalter Bahnhof z. B. der Elz nach Kassel und der D-Zug nach Frankfurt. Hingegen war der D-Zug über Dresden nach der Tschekoslowakei und der D-Zug nach Bad Eger in allen Klassen überfüllt. Sehr gut befahrt war auch der Zug nach Bad Kissingen, ein Zeichen dafür, daß die Ausländer und die Kriegs- und Revolutionsgewinnler, die die teuren Wäder im Ausland oder im Inland besuchen, auch vor den höchsten Preisen nicht zurückschrecken; sie haben es ja. Sehr gut befahrt waren dann die Züge nach München, die trotz der ungeheuer erhöhten Gepäcktarife teilweise das Gepäck gar nicht bewältigen konnten. Im Gegensatz zu den Zügen nach Bayern wiesen die von dort kommenden D-Züge eine sehr schwache Befahrung auf. Außerdem brachten die beiden Nachschneellzüge von München ein bis zwei Stunden Verspätung mit.

Sonst wickelte sich der Uebergang vom Winter zum Sommerfahrplan reibungslos und pünktlich ab. Zum ersten Male verkehrte bereits in der vergangenen Nacht der neu eingeführte Schlafwagen Frankfurt-Berlin. Im Münchener Schnellzug fiel der neu eingeführte italienische Wagen mit der Kuffahrt Roma-Berlin auf. Und der D-Zug nach Stuttgart-Büchle führte zum ersten Male einen direkten Wagen über den Gotthard nach Mailand. Auch die Personenzüge, die heute morgen nach dem neuen Fahrplan Berlin verlassen, wiesen eine recht gute Befahrung auf, die sich allerdings wie bisher schon besonders auf die 4. Wagenklasse erstreckt. Es ist unbedingt notwendig, daß die Eisenbahndirektionen so rasch als möglich dieser Abwanderung Rechnung tragen und die 4. Klassenwagen auf Kosten der höheren Klassen weiterhin vermehren.

Alles in allem hatte man heute früh den Eindruck, daß, zumal unter Berücksichtigung der vielen Reisen, die noch vor dem 1. Juni ausgeführt wurden, die viel befahrene Erhöhung der Eisenbahntarife bei weitem nicht den in düsteren Farben an die Wand gemalten Rückgang des Verkehrs im Gefolge hat. Hoffen wir, daß der Eindruck dieses ersten Tages im Interesse unserer Reichsfinanzen nicht gekippt wird.

Jahrpreiserhöhung für Jugendvereine.

Das Reichsverkehrsministerium teilt mit, daß vom 1. Juli an auf sämtlichen Eisenbahnen Deutschlands für Jugendverbände, Schulen usw. außer der bisher in der III. Wagenklasse genehmigten 50proz. Fahrpreiserhöhung für 10 Personen und darüber, diese auch für die IV. Klasse genehmigt ist. Vordrucke können von allen Bahnhöfen bezogen werden. Unterstempel müssen die Vordrucke sein vom Städtischen Jugendamt oder den Ortsausschüssen für Jugendpflege, respektive von den Leitern der Schulen. Damit hat das Drängen der deutschen Jugendverbände und der wandernden Jugend doch einen Erfolg gezeitigt. Durch die Herabsetzung des Fahrpreises für die IV. Klasse wird es jetzt auch der arbeitenden Jugend und besonders unseren Arbeiterjugendvereinen möglich, mehr wie bisher in die Natur hinauszumwandern. — Hoffentlich fällt nun auch die Erleichterung, die darin liegt, daß Jugendvereine Fahrpreiserhöhung nur bei Mindestteilnahme von 10 Personen gewährt wird. Diese Mindestzahl müßte auf vier herabgesetzt werden. Ebenso weisen die neuen Verkehrsbestimmungen das große Hindernis auf, daß Fahrpreiserhöhung für die Rückfahrt nur gewährt wird, wenn diese innerhalb drei Tagen angekreuzt wird. Für die immer größer werdende Zahl der Jugend, die ihre Ferien auf mehrtägigen und mehrwöchentlichen Wanderfahrten verdingt, ist diese Bestimmung eine Erleichterung, die wirklich nicht gerechtfertigt ist. Hoffentlich kommt auch hier das Reichsverkehrsministerium der wandernden merkwürdigen Jugend entgegen.

Drohende Verkehrsbeschränkungen infolge Kohlennot

Beim Reichskohlenkommissar findet heute eine Sitzung statt, an der Vertreter der Industrie, der städtischen Werke und der Verkehrsmittel, auch des Eisenbahnen, teilnehmen, und in der man

